

Südafrika

Millionen für Inkatha

Die Inkatha-Bewegung des südafrikanischen Zulu-Chefs Mangosuthu Buthelezi wird seit Jahren mit deutschen Steuergeldern unterstützt. Allein die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung finanziert das „Inkatha Resource and Information Centre“ mit insgesamt sechs Millionen Mark. Das Geld stammt aus dem Haushalt des Bonner

Entwicklungsministeriums und soll, so Staatssekretär Wighard Härdtl, „zu einem erfolgreichen demokratischen Wandel in Südafrika beitragen, vor allem die Dialogbereitschaft der südafrikanischen Parteien fördern“. Das Ministerium fördert etliche Entwicklungshilfeprojekte über parteinahe Stiftungen. Tatsächlich versuchen die Anhänger Buthelezis, die ersten freien Wahlen in dem früheren Apartheidstaat mit allen Mitteln zu verhindern,



Zulus (beim Marsch nach Pretoria)

und drohen die Abspaltung ihres Stammesgebietes an. „So finanzieren wir den Bürgerkrieg mit“, empört sich Hans Wallow, Entwicklungshilfe-Experte der SPD.

Stasi-Vergangenheit**Nachsicht für IM**

Das brandenburgische Innenministerium plädiert für einen nachsichtigen Umgang mit der Stasi-Vergangenheit.

In einer Vorlage des Ministeriums für die Innenministerkonferenz der ostdeutschen Länder heißt es, Inoffizielle Mitarbeiter (IM) der früheren DDR-Staatssicherheit dürften im Öffentlichen Dienst beschäftigt werden, wenn „trotz empfangener Orden und Geschenke des MfS eine Mitarbeit wegen fehlender Akten nicht zur Last gelegt werden“ könne. Ähnliches müsse für jemanden gelten, der „offensichtlich ohne sein Wissen als IM geführt“ worden sei. Das Papier sei, so die Kritik des sächsischen Stasi-Beauftragten Fritz Arendt, „maßgeblich auf die persönliche Verteidigungsstrategie“ des brandenburgischen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe (SPD) zugeschnitten, der als „IM Sekretär“ mit Stasi-Orden ausgezeichnet wurde.

Rechtsextremismus**DVU will verzichten**

Die rechtsextreme Deutsche Volksunion (DVU) des Münchner Verlegers Gerhard Frey, 61, will nicht mit einer eigenen Liste an den Europa- und Bundestagswahlen teilnehmen. Nachdem die DVU bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg den Einzug ins Landesparlament verfehlt hatte, verzichtete sie bereits auf die Teilnahme an den Landtagswahlen in Niedersachsen. Die Partei propagiert jetzt eine „Einigung“ mit den Republikanern. Der Republikaner-Chef Franz Schönhuber lehnt jedoch eine Kooperation ab.

Republikaner**Hetze gegen die Juden**

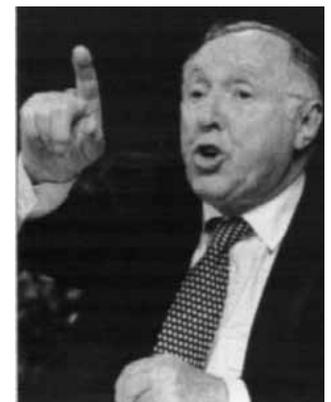
Die antisemitischen Ausfälle des Rep-Chefs Franz Schönhuber gegen den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, sind nach Informationen des Verfassungsschutzes Teil einer systematischen Kampagne. Die Republikaner setzen, so der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz-Chef Fritz-Achim Baumann, auf antisemitische Hetze, weil das Thema Ausländerpolitik nach der Verschärfung der Asylgesetze nach Ansicht der Rechtsextremisten zur Polarisierung in der Bevölkerung nicht mehr taugt. Der Verfassungsschutz hat Kenntnis von sogenannten Musterreden, die „offensichtlich vom Bundesvorstand der Partei formuliert“ wurden. Darin werden Repräsentanten der jüdischen Gemeinden als „deutsche Oberhasser“ verunglimpft. Bundeskanzler Helmut Kohl, heißt es in ei-



Schäuble

Finanzpolitik**Höhere Steuern?**

Die Spitze der CDU/CSU-Fraktion erwägt höhere Verbrauchs- und Vermögenssteuern sowie die Einführung einer Straßenbenutzungsgebühr. Auf eine weitere Erhöhung der Mineralölsteuer soll verzichtet werden. So sieht es ein noch geheimes Konzept vor, das Fraktionschef Wolfgang Schäuble bis zum Sommer vorlegen will. Mittelfristig sollen danach die Lohn- und Einkommensteuer gesenkt, Investitionen gefördert werden, ein Vermögensbildungsplan könnte Arbeitnehmern und Gewerkschaften zusätzlichen Spielraum in der Tarifpolitik eröffnen. Schäuble hat das Konzept zur „geheimen Kommandosache“ erklärt (ein CDU-Abgeordneter). Finanzminister Theo Waigel (CSU) ist noch nicht informiert. Er fürchtet eine Diskussion um Steuererhöhungen vor der bayerischen Landtagswahl im September.



Bubis